



Arbeitspapier:
FREIHEIT IM NETZ

Interfraktionelles Treffen der medienpolitischen
Sprecher der AfD-Fraktionen

Arbeitspapier: **FREIHEIT IM NETZ**

Interfraktionelles Treffen der medienpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen

München, 19. November 2024

JA ZU ARTIKEL 5 DES GRUNDGESETZES:

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.«

NEIN zu allen Versuchen der Europäischen Union und der deutschen Kartellparteien, rechtmäßige Meinungsäußerungen und den freien Informationszugang zu unterbinden, nonkonforme Berichte und Fakten zu unterdrücken und damit ein Klima der Angst, der Unsicherheit und der Resignation zu schaffen.

Jüngste Ereignisse verdeutlichen, dass die Presse- und Meinungsfreiheit im Internet zunehmend durch ein bedrohliches Konglomerat aus nicht gewählten EU-Bürokraten, Regierungen und großen Technologieunternehmen gefährdet wird. Die Bundesregierung und die Landesmedienanstalten nehmen eine massive Ausweitung der Online-Überwachung vor, beispielsweise mit der Einführung der Meldestelle „REspect“ und der KI-Anwendung „KIVI“. Dabei werden nicht nur rechtswidrige Inhalte, sondern auch legitime Meinungen und Beiträge gemeldet und gelöscht, was eindeutig die Meinungsfreiheit verfassungswidrig einschränkt, da auch „Hass im Netz“ unterhalb der Strafbarkeitsgrenze erfasst werden soll.

Immer mehr Menschen wird bewusst, dass es bei diesem Kampf nicht nur um „Hassrede“ geht, sondern vielmehr um die Bekämpfung der freien Rede.

Die Meinungsfreiheit und der freie Zugang zu Informationen stellen wesentliche Grundlagen für Demokratie, persönliche Freiheit und den Fortschritt von Forschung und Gesell-

schaft durch den Wettbewerb von Ideen dar. In Deutschland ist dieses Recht im Artikel 5 des Grundgesetzes verankert, der es als geschütztes Abwehrrecht der Bürger gegen Machtkonzentrationen konzipiert. Dies umfasst insbesondere das Recht der Opposition auf die öffentliche Verbreitung ihrer Positionen sowie das Recht der Bürger und der Presse auf Kritik an Regierungen aller Ebenen. Folgerichtig spricht das Bundesverfassungsgericht von einem für die Demokratie schlichtweg konstitutiven Freiheitsrecht, das im Artikel 5 des Grundgesetzes verankert ist

Im digitalen Zeitalter findet der wesentliche Meinungs- und Informationsaustausch im Internet statt, insbesondere in sozialen Medien, die von großen Monopolen kontrolliert werden. Diese digitalen Plattformen üben aufgrund ihrer Netzwerkeffekte und Monopolstellung eine zentrale Rolle in der modernen Kommunikation aus. Sie bilden eine strategische Infrastruktur, die für den Informationsaustausch unerlässlich ist und somit eine neue Macht im Informationszeitalter darstellt.

Nicht nur aus Opportunismus, sondern auch unter staatlichem Druck zeigen sich Anbieter digitaler Plattformen zunehmend bereit, Inhalte, die nicht dem Zeitgeist entsprechen, massiv zu zensieren, ihre Reichweiten einzuschränken oder ihre Urheber ganz auszuschließen. Diese monopolartigen Strukturen diskriminieren und entfernen aktiv regierungskritische sowie politisch unerwünschte Inhalte und Akteure. Dabei nutzen sie Methoden wie Reichweitenbegrenzung (Shadow Banning), diskreditierende Warnhinweise sowie die gezielte Löschung von Postings und Konten.

Mit der Umsetzung des „Digital Services Act“ in Deutschland wird die bereits seit dem NetzDG betriebene, staatlich sanktionierte Überwachungsstruktur ausgebaut und mit weiteren Befugnissen ausgestattet („Trusted Flagger“). Weitere ähnlich gerichtete Zensur- und Überwachungsnormen (EMFA, AVMD-Richtlinie etc.) sind in Planung oder bereits in Umsetzung. Die EU droht mit der Blockierung ganzer Netzwerke, wenn sie sich den staatlichen Vorgaben nicht beugen.

Die AfD steht für eine weite Auslegung des Begriffs der Meinungsfreiheit. Grenzen darf es nur durch klare gesetzliche Regelungen geben.

UNSERE FORDERUNGEN:

1. Wir lehnen jede Einschränkung der Meinungsfreiheit durch unbestimmte Begriffe wie „Hassrede“, „Hass und Hetze“, „Desinformation“, „Delegitimierung des Staates“ und dergleichen ab. Grenzen setzen für uns hauptsächlich das Strafgesetzbuch, der Jugendschutz und das Recht auf Privatsphäre.
2. Insbesondere Kritik von Medienvertretern und Bürgern an der Regierung und an einzelnen Politikern muss in einer freiheitlichen Demokratie einen besonders hohen Stellenwert genießen. Politiker müssen auch scharf formulierte Kritik und Satire aushalten, welche nicht als „Delegitimierung“ des Staates gelten dürfen.
3. Große Plattformen wie Facebook, Instagram, YouTube und X (ehem. Twitter) sind digitale Infrastruktur mit großem Einfluss auf den Informationsaustausch und die Meinungsbildung in der Gesellschaft. Sie müssen allen Bürgern gleichen Zugang und gleichberechtigte Nutzung gewähren.
4. Schon heute drohen Plattformanbietern, die bestimmte Inhalte nicht in kurzer Zeit entfernen, hohe Bußgelder. Um das daraus folgende übermäßige und willkürliche Löschen („Overblocking“) zu verhindern, müssen die Betreiber zukünftig auch für unberechtigte Entfernungen oder Sperren zur Rechenschaft gezogen werden. Löschungen müssen klar und eindeutig begründet werden. Den Nutzern muss eine funktionierende und kostenlose Beschwerdeinstanz zur Verfügung stehen.
5. Die Plattformanbieter müssen transparent machen, welche Inhalte sie wie auffindbar machen. Die Benachteiligung von Inhalten und/oder Nutzern ohne Mitteilung („Shadow Banning“) muss verboten werden. Umgekehrt muss klar erkennbar sein, wenn Inhalte besonders privilegiert dargestellt werden.
6. Wir bekennen uns klar zur Medienhoheit der Länder. Bestrebungen von Bundesseite oder durch die EU, in die Medienhoheit einzugreifen, lehnen wir ab.

Gezeichnet:

Florian Köhler, MdL - *Fraktion Bayern*

Ferdinand Mang, MdL - *Fraktion Bayern*

Volker Schnurrbusch - *LV Schleswig-Holstein*

Jens Cotta, MdL - *Fraktion Thüringen*

Ronald Gläser, MdA - *Fraktion Berlin*

Torsten Gahler, MdL - *Fraktion Sachsen*

Arno Enners, MdL - *Fraktion Hessen*

Sven Tritschler, MdL - *Fraktion NRW*

Opposition ist für uns kein Selbstzweck. Wir treten einer wankelmütigen und linksgewendeten Staatsregierung mit festen Prinzipien und klugen Konzepten entgegen. Nur die AfD stellt sich gegen Masseneinwanderung und Kriminalitätsexplosion, gegen Inflation und Staatsverschuldung. Wir zeigen der Klima-Ideologie und dem Gender-Wahn die Rote Karte.

Wir stehen für Soziale Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit und echten Naturschutz. Wir sorgen für sichere und bezahlbare Energie. Wir stärken bayerische Familien.

Deshalb sind wir die einzige bürgerliche Volkspartei in Bayern. Wir machen unser Land wieder lebens- und liebenswert.



Herausgeber:

AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Maximilianeum - 81627 München
Stand: 11.2024

Telefon: 089 – 4126 2960

presse@afd-landtag.bayern
info@afd-landtag.bayern

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Vorsitzende: Katrin Ebner-Steiner

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.